

Resolution der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag zum 17. Juni 1953

Bei der blutigen Niederschlagung des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni 1953 starben mindestens 50 Menschen. Hunderte wurden verletzt, über 8.000 Demonstranten festgenommen und zum Teil zu langjährigen Haftstrafen und zur Zwangsarbeit verurteilt.

Der real existierende Sozialismus hat an diesem Tag gezeigt, dass sich Freiheit und Sozialismus ausschließen. Der 17. Juni mahnt uns, dass ohne freie Meinungsäußerung und ohne soziale Marktwirtschaft keine Demokratie lebensfähig ist.

Die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag weist den Versuch verschiedener linker Parteien und Altkader der DDR entschieden zurück, den Diktaturcharakter des politischen Systems der DDR und die fundamentalen Unterschiede zum demokratischen Rechtsstaat zu verschleiern. Die SED hat mit der DDR einen Unrechtsstaat errichtet, der dem Zweck diene, unter Ausschluss grundlegender rechtsstaatlicher und demokratischer Prinzipien ihre Parteidiktatur abzusichern.

Aus Anlass des 17. Juni 2009 und aus Anlass des 20. Jahrestages der friedlichen Revolution und des Mauerfalls in Deutschland hat sich die CDU-Landtagsfraktion im Rahmen einer öffentlichen Fraktionssitzung mit der Bürgerrechtlerin Freya Klier am 15. Juni 2009 für einen Umgang mit der jüngsten Geschichte unseres Landes ausgesprochen, der von Ehrlichkeit geprägt und an den Grundwerten des Demokratischen Verfassungsstaates orientiert ist.

Auch die SED-Diktatur muss klar als solche bezeichnet werden. Wir bedauern, dass auch zunehmend Politiker der SPD sich an der Verharmlosung der DDR beteiligen.

Wir setzen uns ein für eine entschlossene und umfassende Aufarbeitung der SED-Diktatur unter Einbeziehung der Öffentlichkeit.

Die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag wird sich in der Zukunft vehement dafür einsetzen, dass das Thema „DDR und SED-Diktatur“ elementarer Bestandteil des Geschichtsunterrichts wird.

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Orte der Erinnerung an das SED-Unrecht erhalten bleiben und somit zur politischen Bildung genutzt werden.

Nie wieder dürfen Anhänger kollektivistischer Ideologien – wie sie auch von Politikern der Linken vertreten werden – die Gelegenheit erhalten, die Grundlagen von Menschenwürde, Freiheit und Demokratie zu untergraben.